



Geht es nach dem Willen des Nationalrats, werden in der Schweiz neben Blumen auch Minarette in den Himmel wachsen können. (key)

Minarett-Initiative Vorlage verletzt zwingendes Völkerrecht nicht und wird für gültig erklärt

Minarett-Verbot war chancenlos

Die grosse Kammer hat sich nach heftiger Debatte klar gegen ein Bauverbot für Minarette ausgesprochen. Die Initiative setze den Religionsfrieden aufs Spiel und verletze die Menschenrechte.

Florian Riesen

Wo liegen die Grenzen der direkten Demokratie? In einer hitzigen, zugleich langfädigen Debatte hat der Nationalrat gestern diese Frage an einem konkreten Beispiel behandelt. Die Parlamentarier haben sich mit der von SVP und EDU lancierten Volksinitiative auseinandergesetzt, die ein Bauverbot von Minaretten in der Schweizer Verfassung verankern will. Die Linke wollte das Vorhaben gleich für ungültig erklären, da Völker- und Menschenrecht tangiert werde. «Die Initiative verletzt fundamentale Grundsätze wie die Religionsfreiheit», erklärte Andreas Gross (SP, ZH).

Die Befürworter hingegen sahen in dieser Forderung eine unrechtmässige Beschneidung der direktdemokratischen Volksrechte, da das Initiativrecht in der Bundesverfassung festgeschrieben sei. «Sie sollten das Schweizer Landesrecht nicht vergessen, das steht nämlich – abgesehen vom zwingenden Völkerrecht – ganz zuoberst», sagte Hans Fehr (SVP, ZH). Nachdem sich weit über 40 Parlamentarierinnen und Parlamentarier zu der Initiative geäussert hatten, wurde der Antrag von Gross in der Schlussabstimmung mit 128 zu 53 Stimmen abgelehnt, womit die Initiative für gültig erklärt worden ist. Noch deutlicher empfahl der Rat jedoch die Ablehnung der Initiative (129 zu 50 Stimmen). Ist die Initiative auch für den Ständerat gültig, wird es also zur Volksabstimmung über das Minarett-Verbot kommen.

Damit ist die grosse Kammer den Anträgen des Bundesrats und der Staatspolitischen Kommission gefolgt. Bundesrätin Evelyne Widmer-Schlumpf kam zum Schluss, dass die Initiative kein zwingendes Völkerrecht verletzt, was für die Ungültigkeitserklärung einer Initiative nötig wäre. Die Bundesrätin un-

terschied in ihrer Argumentation zwischen innerer und äusserer Religionsfreiheit, wobei lediglich die Ausübung des inneren Glaubens unter das zwingende Völkerrecht gehe.

Da die Initiative jedoch gegen verschiedene Menschenrechte und Artikel der Bundesverfassung verstosse, sei das Minarett-Verbot klar abzulehnen.

SVP kämpft für Frauenrechte

Die Initianten wollen mit dem Bauverbot für Minarette den «Machtanspruch des Islams in der Schweiz zurückdrängen», wie Jasmin Hutter (SVP, SG) dem Parlament erklärte. Minarette sind für sie Symbol der religiös-politischen Machtausbreitung des Islams. Weitere Indizien der Islamisierung in der Schweiz seien der Streit um die Teilnahme muslimischer Jugendlicher am Schwimmunterricht oder die Streichung von Schweinefleisch auf dem Speiseplan von Schulkantinen. Darüber hinaus präsentierte sich Hutter als Kämpferin für die Rechte von Frauen, da sie deren Diskriminierung durch den Islam nicht hinnehmen will. Andere ihrer SVP-Parteikollegen traten darüber hinaus für Ho-

mosexuelle und Juden ein, die wie Lukas Reimann (SG) erläuterte, ebenfalls im Islam benachteiligt würden.

Die Gegner indes sehen in der Initiative Panikmacherei und Populismus. Jacqueline Fehr (SP, ZH) griff zu bildhafter Sprache und bezeichnete die Befürworter als «Brandstifter, die sich als Feuerwehrleute anbieten, statt Wasser aber Öl ins Feuer giessen». Auch Barbara Schmid-Federer (CVP, ZH) warnte davor, dass das Ausstossen der Muslims deren Radikalisierung fördere.

Dem düsteren Islambild der SVP stellte Katharina Prelicz-Huber (Grüne, ZH) ihre geradezu romantische Vorstellung entgegen. Sie hoffe seit ihrer Kindheit, dass in der Schweiz dereinst eine prächtige Moschee wie aus «Tausendundeiner Nacht» stehen wird. Mit solchen Vorstellungen kann Christian Wasserfallen (FDP, BE) nichts anfangen, obwohl auch er klar für eine Ablehnung der Initiative ist. Er sprach sich dafür aus, dass islamkritische Geister nicht an den rechtspopulistischen Rand gedrängt werden. Vielmehr gelte es eine ernsthafte Debatte über die Probleme der Integration von Muslimen in der Schweiz zu führen.

UBS Auch Villigers Partei, die FDP, ist über seine Nominierung als VR-Präsident nicht ganz glücklich

Die meisten trauen Kaspar Villiger nur wenig zu

Die Nomination des ehemaligen Finanzministers Kaspar Villiger als VR-Präsident der UBS stösst von links bis rechts auf Skepsis.

Jürg Ackermann, Bern

Er sei überrascht und verärgert – und er könne nur den Kopf schütteln, sagt Philipp Stähelin (CVP). Die Nomination von Kaspar Villiger gibt dem Thurgauer Ständerat zu denken. «Bundesrat Merz hat die Aufsicht über die UBS. Sein Vorgänger steht bei der Grossbank nun an oberster Stelle. Diese Konstellation ist problematisch», sagt Stähelin, Präsident der ständerätlichen Finanzkommission. Im Ausland würde nun der Eindruck entstehen, die UBS sei eine «halbe Staatsbank». Der Thurgauer fordert deshalb Klarheit. Er will vom Finanzminister wissen, ob der Bund bei der Nomination Villigers eine Rolle gespielt habe.

Auf Drittmeinungen angewiesen

Andere bürgerliche Wirtschaftspolitiker äusserten sich ähnlich pointiert: Er sei sich nicht sicher, meinte ein Wirtschaftsvertreter, der nicht genannt sein will, ob es der Altbundesrat wirklich pa-

cke. Villiger komme nicht aus dem Bankfach, er habe nie in Amerika im Investment-Banking gearbeitet und sei darum bei wichtigen Entscheidungen stets

Philipp Stähelin:
«Ich bin überrascht und verärgert – und ich kann nur den Kopf schütteln.»



auf Drittmeinungen angewiesen. In Krisensituationen könne dieses mangelnde Rüstzeug zum Problem werden.

Wo man sich in der Wandelhalle auch umhörte, auf vorbehaltlose Begeisterung stiess die Nomination Villigers fast nirgends. Selbst in seiner Partei, der FDP, gehen die Meinungen auseinander. «Ich bin froh, dass jemand gefunden wurde, der zu einer Kultur gehört, die nicht diejenige ist, welche die UBS in so grosse Schwierigkeiten gebracht hat», sagte Parteipräsident Fulvio Pelli. Einzelne Parteimitglieder äusserten aber auch Bedenken. Sie befürchten, dass die Wahl Villigers unberechtigterweise eine «parteiliche Prägung» erhalten könnte, die FDP müsse jetzt heilen, was andere eingebracht hätten, sagte die Appenzeller Nationalrätin Marianne Klei-

ner, die Villiger aber Werte wie «Bescheidenheit, Ehrlichkeit, Integrität und staatsmännische Qualität» attestiert.

Tatsächlich wurde die UBS bisher eher mit der SVP als mit den Freisinnigen in Verbindung gebracht. Die spektakuläre Kehrtwende der SVP erfolgte erst in den letzten Wochen. SVP-Strategiechef Blocher fordert nun mit der Mehrheit seiner Partei staatliche Vorschriften für die Grossbanken. Die SVP, die noch beim Swissair-Debakel stets auf den «FDP-Filz» hingewiesen hatte, versucht sich damit von der Grossbank zu distanzieren, um nicht ähnlichen Vorwürfen ausgesetzt zu sein.

Vorwürfe treffen kaum zu

(FDP-)Filz-Vorwürfe machten auch gestern in der Wandelhalle die Runde. Dass sie zutreffen, ist aber kaum wahrscheinlich. So hat offenbar selbst FDP-Parteichef Fulvio Pelli bis gestern Abend nichts von der Nomination Villigers gewusst. Zudem haben sich Merz und Villiger nie so nahe gestanden, wie einzelne Politiker zu suggerieren versuchten. Zu den atmosphärischen Spannungen zwischen den beiden FDP-Schwergewichten trugen stets auch politische Meinungsdivergenzen bei.

Die Linke beschäftigte gestern weniger eine mögliche Verbindung Merz/Villiger als das Alter des designierten VR-

Präsidenten. Der Entscheid für Villiger sei allein schon darum «schwach», sagte die Nationalrätin Yvonne Gilli (Grüne/SG). Mit dem 66-jährigen Grübel und dem 68-jährigen Villiger stünden nun zwei Männer an der UBS-Spitze, die ihren Zenit schon überschritten hätten. Gleichzeitig begrüssen die Grünen aber den Führungswechsel. Mit einem Altbundesrat lasse sich das angekratzte Image der Grossbank aufpolieren, so Parteipräsident Ueli Leuenberger.

Hildegard Fässler:
«Villiger ist kein Banker. Deshalb kann seine Nomination auch eine Chance sein.»



«Enttäuscht» ist SP-Wirtschaftspolitikerin Hildegard Fässler. Sie hätte erwartet, dass nun junge, unverbrauchte Köpfe die Bank leiten würden. Das Wort «Fehlbesetzung» will Fässler allerdings nicht in den Mund nehmen: «Villiger war als Politiker ein Sympathieträger in der Bevölkerung. Er ist kein Banker, sondern ein Ingenieur mit guten Beziehungen, auch zum Werkplatz Schweiz. Darum kann seine Nomination auch eine Chance sein.»

Kommentar

Volksrechte beschneiden?

Marcello Odermatt

Es ist stossend, dass Bundesrat und Parlament einmal mehr dem Volk eine Initiative mit dem Hinweis zur Ablehnung empfehlen müssen, sie sei bei einer Annahme rechtsstaatlich und völkerrechtskonform gar nicht umsetzbar. Denn die Initiative «Gegen den Bau von Minaretten» vertritt sich nicht mit der vom Volk gutgeheissenen Schweizerischen Bundesverfassung, nicht mit den liberalen Grundsätzen unserer Demokratie und nicht mit der Europäischen Menschenrechtskonvention und weiteren völkerrechtlichen Verträgen. Es ist daher ernsthaft zu prüfen, ob künftig insbesondere bei Grundrechtsfragen für eine Ungültigkeitserklärung von Initiativen nicht nur das zwingende, sondern auch das nicht zwingende Völkerrecht herangezogen werden soll, wie es die Staatspolitische Kommission des Nationalrats mit einem im Herbst beschlossenen Vorstoss verlangt.

Es ist allerdings ebenso die Idee der SVP zu prüfen, internationale Verträge, Vereinbarungen und Konventionen künftig obligatorisch dem Volk vorzulegen. Dies würde die Beschneidung der Volksrechte bei grundrechts- und völkerrechtswidrigen Initiativen besser legitimieren. Bleibt hingegen alles, wie es ist, wird die liberale, rechtsstaatliche Demokratie mit derartigen Initiativen ad absurdum geführt, und der Steuerzahler berappt weiterhin stundenlang Ratsdebatten und Abstimmungen über Probleme, die – zumindest bezogen einzig auf die verkürzte Frage der Minarette – gar keine sind.

UBS

Hans-Rudolf Merz trifft Timothy Geithner

Bundespräsident Hans-Rudolf Merz startet in der UBS-Affäre eine diplomatische Offensive: Der Schweizer Finanzminister sucht das Gespräch mit seinem US-Amtskollegen Timothy Geithner. Merz wird Geithner an der Tagung des Leitungsgremiums des Internationalen Währungsfonds vom 14. März in London treffen, bestätigte Delphine Jacard, Sprecherin des Finanzdepartements, einen Bericht der «Neuen Zürcher Zeitung» vom Mittwoch.

Innenminister Pascal Couchepin verwahrte sich derweil in einem Interview mit der deutschen Wochenzeitung «Die Zeit» gegen die Kritik am Bundesrat. Es sei schwierig, in der UBS-Affäre eine Strategie zu haben. Die Ereignisse beschleunigten sich derart, dass die Strategie ständig angepasst werden müsse. (sda)

In Kürze

Schweiz will wieder Sitz

Genf. Die Schweiz sagt dem Uno-Menschenrechtsrat weiterhin ihre Unterstützung zu. «Wir wollen unser Engagement zugunsten eines starken, effizienten und gerechten Rats, der die Menschenrechte fördert und schützt, aufrechterhalten. Deshalb werden wir für die Zeit von 2010 bis 2013 wieder für einen Sitz im Gremium kandidieren», sagte Bundesrätin Micheline Calmy-Rey gestern in Genf.

Viel Arbeit für Ombudsmann

Bern. DRS-Ombudsmann Achille Casanova hatte 2008 einiges an Arbeit: Auf seinem Pult landeten 14 Prozent mehr Beanstandungen von Radio- oder Fernsehstationen. Gleichzeitig lehnte er aber auch deutlich mehr Reklamationen ab als in früheren Jahren, schreibt Casanova in der neuesten Ausgabe von «link», dem Magazin des Publikumsrats der SRG SSR idée suisse. (sda)